

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Emil Sänze, Dr. Rainer Podeswa und Rüdiger Klos AfD**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

### **Eigentumskriminalität in den Kreisen entlang der französischen Grenze und andere Auswirkungen der Grenzschießung zu Frankreich auf Baden-Württemberg**

#### Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Einbrüche bzw. Einbruchsdiebstähle mit welchen Schadenssummen insgesamt wurden seit der Schließung der deutsch-französischen Grenze vom 16. März 2020 bis zur Lockerung der Reisebeschränkungen an selbiger Grenze vom 2. Mai 2020 im Grenzgebiet auf baden-württembergischer Seite registriert (unter tabellarischer Darstellung nach Land- und Stadtkreisen: Karlsruhe Land, Karlsruhe Stadt, Rastatt, Baden-Baden, Ortenau, Emmendingen, Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach)?
2. Wie viele Tatverdächtige an den unter Frage 1 erfragten Straftaten sind deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (unter tabellarischer Darstellung nach Staatsangehörigkeiten und gegebenenfalls Doppelstaatlern)?
3. Wie verhalten sich die unter Frage 1 erfragte Häufigkeit bzw. die Schadenssumme von Einbrüchen in den an Frankreich angrenzenden Land- und Stadtkreisen (unter tabellarischer Darstellung) zum entsprechenden Vorjahreszeitraum Mitte März bis Anfang Mai 2019?
4. Wie viele Tatverdächtige an den unter Frage 3 erfragten Straftaten zwischen Mitte März und Anfang Mai 2019 waren deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (unter tabellarischer Darstellung nach Staatsangehörigkeiten und gegebenenfalls Doppelstaatlern)?
5. Welcher Anteil der unter Fragen 1 bis 4 erfragten Straftaten konnten jeweils aufgeklärt werden?

6. Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, wo die erste behördliche Erfassung dieser Personen in Deutschland stattfand) wurden in Baden-Württemberg zwischen dem 16. März 2020 und dem 2. Mai 2020 gestellt?
7. Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, wo die erste behördliche Erfassung dieser Personen in Deutschland stattfand) wurden in Baden-Württemberg ab der zweiten Hälfte des März 2019 bis Anfang Mai 2019 gestellt?
8. Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, typischer Einreiserouten der Antragsteller aus den jeweiligen Herkunftsländern) wurden im Verlauf des Jahres 2019, aufgeschlüsselt nach Monaten, in Baden-Württemberg gestellt?
9. Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, typischer Einreiserouten der Antragsteller aus den jeweiligen Herkunftsländern) wurden vom 1. Januar 2020 bis zum 30. April 2020, aufgeschlüsselt nach Monaten, in Baden-Württemberg gestellt?
10. Wie bewertet sie die Auswirkungen der Schließung der deutsch-französischen Grenze im Hinblick auf die unter Frage 1 bis Frage 9 erfragten Zahlen?

05.05.2020

Sänze, Dr. Podeswa, Klos AfD

#### Begründung

Die von der Landesregierung veranlassten Verordnungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben neben anderen sehr erheblichen Einschränkungen der grundgesetzlichen Grundrechte und Freiheiten auch die Reisefreiheit sehr erheblich beschnitten. Der zeitlich gut definierte Zeitraum von sieben Wochen sollte Rückschlüsse erlauben, ob die Grenzschließung sich auf die Eigentumsriminalität im grenznahen Raum ausgewirkt hat. Sie sollte ferner Rückschlüsse erlauben, inwieweit eine strikte Kontrolle der Grenzen zu anderen EU-Ländern die Anzahl der in Baden-Württemberg bzw. Deutschland gestellten Asylanträge beeinflussen kann.

## Antwort

Mit Schreiben vom 18. Juni 2020 Nr. 3-0141.5/2 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele Einbrüche bzw. Einbruchsdiebstähle mit welchen Schadenssummen insgesamt wurden seit der Schließung der deutsch-französischen Grenze vom 16. März 2020 bis zur Lockerung der Reisebeschränkungen an selbiger Grenze vom 2. Mai 2020 im Grenzgebiet auf baden-württembergischer Seite registriert (unter tabellarischer Darstellung nach Land- und Stadtkreisen: Karlsruhe Land, Karlsruhe Stadt, Rastatt, Baden-Baden, Ortenau, Emmendingen, Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach)?*
3. *Wie verhalten sich die unter Frage 1 erfragte Häufigkeit bzw. die Schadenssumme von Einbrüchen in den an Frankreich angrenzenden Land- und Stadtkreisen (unter tabellarischer Darstellung) zum entsprechenden Vorjahreszeitraum Mitte März bis Anfang Mai 2019?*
5. *Welcher Anteil der unter Fragen 1 bis 4 erfragten Straftaten konnten jeweils aufgeklärt werden?*

Zu 1., 3. und 5.:

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist grundsätzlich als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallerfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“. Eine tatezeitbezogene Auswertung, beispielsweise für einzelne Monate, ist über die PKS nicht möglich.

Die PKS Baden-Württemberg weist für die jeweiligen Stadt- und Landkreise die nachfolgende Anzahl an Diebstahlsdelikten, differenziert nach Fällen des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED) und besonders schwerem Fall des Diebstahls (BSD) einschließlich der Aufklärungsquote (AQ) und der Schadenssumme für die Jahre 2018 und 2019 aus.

Fallzahlen	Tatort	Fälle		AQ in Prozent		Schadenssumme in Euro	
		2018	2019	2018	2019	2018	2019
<b>Diebstahl insgesamt</b>	Stadtkreis Baden-Baden	1.323	1.353	28,9	28,4	1.502.108	2.236.981
	Stadtkreis Karlsruhe	9.185	9.056	31,4	26,0	8.059.770	6.817.837
	Landkreis Karlsruhe	4.999	5.120	26,6	25,8	5.607.609	5.381.288
	Landkreis Rastatt	3.278	3.369	30,7	27,5	2.933.448	4.737.421
	Stadtkreis Freiburg	8.417	7.122	32,8	31,6	4.781.336	4.722.169
	Landkreis Breisgau Hochschwarzwald	3.565	3.389	24,1	24,0	4.490.453	4.118.773
	Landkreis Emmendingen	2.015	2.020	32,6	33,1	1.595.003	2.173.248
	Ortenaukreis	8.529	8.128	34,6	35,0	7.166.686	9.055.336
	Landkreis Lörrach	4.473	4.049	43,7	37,7	4.004.411	3.092.702
<b>– davon WED</b>	Stadtkreis Baden-Baden	64	104	12,5	3,8	238.923	615.200
	Stadtkreis Karlsruhe	262	211	40,1	9,5	562.414	375.583
	Landkreis Karlsruhe	255	250	22,7	16,4	597.072	562.078
	Landkreis Rastatt	144	187	18,1	17,6	344.670	548.484
	Stadtkreis Freiburg	393	292	10,9	11,3	624.794	574.010
	Landkreis Breisgau Hochschwarzwald	351	268	12,3	17,5	1.172.590	770.424
	Landkreis Emmendingen	133	120	24,1	34,2	276.752	330.505
	Ortenaukreis	435	253	12,4	39,5	942.289	532.913
	Landkreis Lörrach	378	204	16,7	32,8	1.184.412	490.139
<b>– davon BSD</b>	Stadtkreis Baden-Baden	488	582	16,2	13,7	980.066	1.383.095
	Stadtkreis Karlsruhe	3.807	4.098	15,1	11,7	5.182.209	4.625.652
	Landkreis Karlsruhe	2.207	2.374	11,3	14,8	4.064.294	3.965.820
	Landkreis Rastatt	1.491	1.552	19,7	14,9	1.825.634	3.959.501
	Stadtkreis Freiburg	3.530	3.070	14,3	13,9	2.881.026	3.252.330
	Landkreis Breisgau Hochschwarzwald	1.787	1.717	12,4	12,9	3.135.722	3.144.718
	Landkreis Emmendingen	969	948	23,5	17,7	1.117.265	1.637.257
	Ortenaukreis	3.563	3.422	15,4	17,1	4.764.354	7.036.484
	Landkreis Lörrach	1.682	1.453	34,4	16,7	2.321.372	1.859.443

Die Diebstahlsdelikte insgesamt sind in Baden-Württemberg im Jahr 2019 zurückgegangen. Rückläufige Fallzahlen sind auch in den in der Tabelle dargestellten Stadt- und Landkreisen, mit Ausnahme von Baden-Baden sowie den Landkreisen Karlsruhe, Rastatt und Emmendingen, festzustellen. Die verzeichneten Anstiege betragen im Vergleich zum Vorjahr jeweils weniger als drei Prozent.

Im Stadtkreis Baden-Baden agierten im Jahr 2019 verschiedene überregionale Tätergruppierungen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen handelte es sich hierbei um eine Serie, die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen und wirken sich damit auch noch nicht auf die Aufklärungsquote aus. Im Tatortbereich Rastatt kam es im Jahr 2019 in Bühl-Kappelwindeck zu einer WED-Serie mit insgesamt mehr als 60 Taten. In diesem Zusammenhang konnten zwei Täter festgenommen werden, jedoch konnten nicht alle Taten dieser Täterschaft zugeordnet werden.

In der PKS unterliegen unterjährige, mithin monatliche Auswertungszeiträume erheblichen Verzerrungsfaktoren, beispielsweise durch die Dauer der Ermittlungsverfahren oder den Zeitpunkt der statistischen Fallerfassung und sind demnach wenig belastbar bzw. aussagekräftig. Für das Jahr 2020 sind daher nur Trendausagen möglich. In den ersten vier Monaten des Jahres 2020 zeichnen sich bislang für alle dargestellten Stadt- und Landkreise mit Ausnahme des Landkreises Karlsruhe bei den Diebstahlsdelikten insgesamt Rückgänge ab. Im Landkreis Karlsruhe deutet sich für das aktuelle Jahr 2020 ein leichter Anstieg der Fallzahlen an. Entsprechende Tendenzen sind für den Bereich des BSD zu verzeichnen, wohingegen sich in diesem Deliktsbereich zusätzlich zum Landkreis Karlsruhe auch im Landkreis Lörrach ein leichter Anstieg der Fallzahlen andeutet.

Im Hinblick auf die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist mit Ausnahme des Stadtkreises Karlsruhe in allen dargestellten Tatortbereichen eine rückläufige Tendenz festzustellen.

*2. Wie viele Tatverdächtige an den unter Frage 1 erfragten Straftaten sind deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (unter tabellarischer Darstellung nach Staatsangehörigkeiten und gegebenenfalls Doppelstaatlern)?*

*4. Wie viele Tatverdächtige an den unter Frage 3 erfragten Straftaten zwischen Mitte März und Anfang Mai 2019 waren deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (unter tabellarischer Darstellung nach Staatsangehörigkeiten und gegebenenfalls Doppelstaatlern)?*

Zu 2. und 4.:

In der PKS werden aufgrund der sogenannten Tatverdächtigenrechtzählung die ermittelten Tatverdächtigen (TV) je Berichtszeitraum jeweils nur einmal erfasst, auch wenn sie ggf. mehrere Straftaten begangen haben. Die Speicherung einer zweiten Staatsangehörigkeit ist gemäß der bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“ nicht vorgesehen. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, werden als Deutsche registriert.

Die Täterstruktur im Hinblick auf die Staatsangehörigkeiten der TV für die jeweiligen Stadt- und Landkreise kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Die Aufzählung nach den Staatsangehörigkeiten ist nicht abschließend und umfasst die fünf im Jahr 2019 am häufigsten erfassten TV-Nationalitäten.

<b>Tatverdächtige in Baden-Baden</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	7	6
- davon Deutsche	3	3
- davon Nichtdeutsche	4	3
- darunter albanisch	0	2
- darunter ukrainisch	0	1
- darunter nigerianisch	1	0
- darunter rumänisch	1	0
- darunter togoisch	1	0
BSD	80	78
- davon Deutsche	37	42
- davon Nichtdeutsche	43	36
- darunter rumänisch	5	11
- darunter ukrainisch	1	3
- darunter litauisch	5	2
- darunter albanisch	0	2
- darunter kosovarisch	2	2

<b>Tatverdächtige im Stadtkreis Karlsruhe</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	58	30
- davon Deutsche	23	16
- davon Nichtdeutsche	35	14
- darunter bosnisch und herzegowinisch	4	3
- darunter bulgarisch	0	2
- darunter algerisch	0	2
- darunter türkisch	1	2
- darunter rumänisch	0	1
BSD	478	425
- davon Deutsche	176	207
- davon Nichtdeutsche	302	218
- darunter rumänisch	48	34
- darunter georgisch	39	19
- darunter polnisch	12	15
- darunter algerisch	18	13
- darunter italienisch	3	11

<b>Tatverdächtige im Landkreis Karlsruhe</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	51	46
- davon Deutsche	25	17
- davon Nichtdeutsche	26	29
- darunter albanisch	3	12
- darunter rumänisch	5	4
- darunter nigerianisch	0	3
- darunter türkisch	4	2
- darunter ungarisch	0	2
BSD	262	246
- davon Deutsche	134	113
- davon Nichtdeutsche	128	133
- darunter rumänisch	23	34
- darunter georgisch	13	17
- darunter albanisch	6	14
- darunter polnisch	7	11
- darunter türkisch	10	10

<b>Tatverdächtige im Landkreis Rastatt</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	22	23
- davon Deutsche	7	12
- davon Nichtdeutsche	15	11
- darunter albanisch	4	6
- darunter italienisch	1	2
- darunter litauisch	0	1
- darunter kosovarisch	1	1
- darunter rumänisch	2	0 <sup>1</sup>
BSD	183	197
- davon Deutsche	90	86
- davon Nichtdeutsche	93	111
- darunter rumänisch	25	23
- darunter italienisch	4	9
- darunter polnisch	6	8
- darunter syrisch	0	7
- darunter afghanisch	2	7

<b>Tatverdächtige im Stadtkreis Freiburg</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	41	32
- davon Deutsche	22	6
- davon Nichtdeutsche	19	26
- darunter polnisch	0	4
- darunter rumänisch	1	3
- darunter albanisch	7	3
- darunter bosnisch-herzegowinisch	0	2
- darunter chilenisch	0	2
BSD	321	325
- davon Deutsche	168	157
- davon Nichtdeutsche	153	168
- darunter rumänisch	16	29
- darunter georgisch	25	16
- darunter marokkanisch	3	8
- darunter algerisch	8	8
- darunter syrisch	11	7

<sup>1</sup> Hinweis: Die Anzahl der elf nichtdeutschen TV umfasst auch einen TV im Jahr 2019, für den „keine Angaben“ zur Staatsangehörigkeit erfasst wurden. Dieser ist daher nicht von den genannten Nationalitäten umfasst.

<b>Tatverdächtige im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	43	36
- davon Deutsche	18	3
- davon Nichtdeutsche	25	33
- darunter albanisch	6	14
- darunter kosovarisch	1	4
- darunter rumänisch	0	3
- darunter serbisch	3	2
- darunter litauisch	0	1
BSD	186	168
- davon Deutsche	88	76
- davon Nichtdeutsche	98	92
- darunter albanisch	8	15
- darunter rumänisch	14	14
- darunter französisch	12	9
- darunter kosovarisch	10	9
- darunter georgisch	9	4

<b>Tatverdächtige im Landkreis Emmendingen</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	31	19
- davon Deutsche	12	7
- davon Nichtdeutsche	19	12
- darunter albanisch	6	3
- darunter chilenisch	0	2
- darunter rumänisch	3	1
- darunter tschechisch	0	1
- darunter eritreisch	0	1
BSD	158	150
- davon Deutsche	88	86
- davon Nichtdeutsche	70	64
- darunter rumänisch	12	26
- darunter georgisch	8	7
- darunter albanisch	9	3
- darunter iranisch	0	3
- darunter türkisch	7	3

<b>Tatverdächtige im Ortenaukreis</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	61	59
- davon Deutsche	23	29
- davon Nichtdeutsche	38	30
- darunter albanisch	8	9
- darunter türkisch	2	2
- darunter serbisch	1	2
- darunter russisch	0	1
- darunter rumänisch	8	1
BSD	486	476
- davon Deutsche	260	228
- davon Nichtdeutsche	226	248
- darunter rumänisch	43	42
- darunter georgisch	22	36
- darunter französisch	25	32
- darunter algerisch	14	13
- darunter albanisch	10	12

<b>Tatverdächtige im Landkreis Lörrach</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
WED	49	37
- davon Deutsche	23	10
- davon Nichtdeutsche	26	27
- darunter albanisch	11	9
- darunter italienisch	3	3
- darunter serbisch	0	3
- darunter chilenisch	0	2
- darunter kosovarisch	2	2
BSD	253	220
- davon Deutsche	127	94
- davon Nichtdeutsche	126	126
- darunter rumänisch	14	26
- darunter albanisch	16	16
- darunter französisch	5	11
- darunter schweizerisch	16	9
- darunter kosovarisch	4	7

Bei Gesamtbetrachtung der Tabellen ist festzustellen, dass der Anteil der registrierten nichtdeutschen TV im Jahr 2019 überwiegt. Mit Ausnahme des Landkreises Emmendingen im Bereich des BSD, in Rastatt im Bereich des WED sowie in Baden-Baden ist jeweils mehr als die Hälfte der ermittelten TV nichtdeutsch. Im landesweiten Vergleich beträgt der Anteil an nichtdeutschen TV in Bezug auf den Deliktsbereich des WED 55,5 Prozent, in Bezug auf den Bereich des BSD 50,9 Prozent.

In den ersten vier Monaten des Jahres 2020 zeichnet sich für den Bereich des WED im Landkreis Karlsruhe, im Stadtkreis Freiburg und im Ortenaukreis bei niedrigem Zahlenaufkommen eine rückläufige Anzahl an TV ab, in Baden-Baden, im Landkreis Rastatt und Breisgau-Hochschwarzwald bewegen sich die Zahlen in etwa auf dem Vorjahresniveau, wohingegen im Stadtkreis Karlsruhe, im Landkreis Emmendingen und im Landkreis Lörrach eine steigende Tendenz feststellbar ist. Eine entsprechende Entwicklung ist bei der Anzahl der ausländischen TV zu verzeichnen, wohingegen sich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ein Rückgang ausländischer TV andeutet.

Landesweit zeichnet sich im aktuellen Jahr für den Deliktsbereich des WED eine rückläufige Anzahl registrierter TV ab.

Im Bereich des BSD zeichnen sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2020 im Vergleich zum Vorjahr entsprechend des landesweiten Trends sowohl in Baden-Baden, in den Stadt- und Landkreisen Karlsruhe, im Landkreis Rastatt und im Ortenaukreis rückläufige TV-Zahlen ab. In Freiburg, Emmendingen, Lörrach sowie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sind steigende Tendenzen in Bezug auf die Anzahl der TV zu verzeichnen. Auch im Hinblick auf die Anzahl der ausländischen TV ist in Freiburg, im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sowie im Landkreis Lörrach mit einem Anstieg an ausländischen TV zu rechnen, in Baden-Baden, dem Stadtkreis Karlsruhe und dem Landkreis Emmendingen bewegen sich die Zahlen ausländischer TV ungefähr auf Vorjahresniveau. Im Landkreis Karlsruhe sowie in Rastatt und dem Ortenaukreis zeichnen sich rückläufige Zahlen ausländischer TV ab.

6. *Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, wo die erste behördliche Erfassung dieser Personen in Deutschland stattfand) wurden in Baden-Württemberg zwischen dem 16. März 2020 und dem 02. Mai 2020 gestellt?*
7. *Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, wo die erste behördliche Erfassung dieser Personen in Deutschland stattfand) wurden in Baden-Württemberg ab der zweiten Hälfte des März 2019 bis Anfang Mai 2019 gestellt?*
8. *Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, typischer Einreiserouten der Antragsteller aus den jeweiligen Herkunftsländern) wurden im Verlauf des Jahres 2019, aufgeschlüsselt nach Monaten, in Baden-Württemberg gestellt?*
9. *Wie viele Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus (unter tabellarischer Aufstellung der Herkunftsländer der Antragsteller und, soweit bekannt, typischer Einreiserouten der Antragsteller aus den jeweiligen Herkunftsländern) wurden vom 1. Januar 2020 bis zum 30. April 2020, aufgeschlüsselt nach Monaten, in Baden-Württemberg gestellt?*

Zu 6. bis 9.:

Hinsichtlich der Anzahl der Asylantragstellungen nebst der Aufteilung auf die Herkunftsländer wird auf die in der Anlage beigefügten Statistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für das Jahr 2019 sowie den Zeitraum Januar bis April 2020 verwiesen. Auf entsprechende Nachfrage teilte das BAMF mit, dass keine Statistiken unterhalb der Monatsebene erstellt und veröffentlicht werden, sodass für die Zeiträume der zweiten Hälfte des März 2019 bis

Anfang Mai 2019 sowie des 16. März 2020 bis zum 2. Mai 2020 keine Angaben zu der Anzahl der Asylantragstellungen gemacht werden können. Auch im Hinblick auf die erste behördliche Erfassung der Asylbegehrenden und deren Einreisrouten wird keine Auswertung geführt.

*10. Wie bewertet sie die Auswirkungen der Schließung der deutsch-französischen Grenze im Hinblick auf die unter Frage 1 bis Frage 9 erfragten Zahlen?*

Zu 10.:

Auf Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse, die nur vorläufige Entwicklungstendenzen beschreiben, kann kein kausaler Zusammenhang zwischen der Einführung von Kontrollen entlang der deutsch-französischen Grenze und der Kriminalitätsentwicklung in Baden-Württemberg hergestellt werden. Vielmehr ist die rückläufige Tendenz der Einbrüche bzw. Einbruchdiebstähle sowie der Trend, dass die Polizei Baden-Württemberg im aktuellen Jahr im Vergleich zum Vorjahr bislang insgesamt weniger Straftaten registriert hat, in der zeitlichen Korrelation mit einer Vielzahl weiterer Beschränkungen durch die Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (CoronaVO) und der damit einhergehenden Verhaltensänderungen der Bevölkerung begründet, die beispielsweise zur Reduzierung von Tatgelegenheitsstrukturen führten. Derzeit liegen keine aussagekräftigen Erkenntnisse zu einem unmittelbaren Zusammenhang der Schließung der Grenzen und der Entwicklung der Kriminalitätslage vor.

Für den angefragten Zeitraum weicht die Entwicklung der allgemeinen Kriminalitätslage in den dargestellten Stadt- und Landkreisen im grenznahen Raum nicht wesentlich von der Entwicklung im gesamten Land Baden-Württemberg ab. Betrachtet man die Stadt- und Landkreise, die in dem grenznahen Raum zu Frankreich gelegen sind, sind keine signifikanten Auffälligkeiten festzustellen. Vielmehr zeichnet sich im Bereich der Einbruchdelikte ein ähnlicher Trend wie in ganz Baden-Württemberg ab. Auch bei Betrachtung der registrierten Tatverdächtigen entspricht die in den angeführten Stadt- und Landkreisen rückläufige Tendenz in etwa der Tendenz des gesamten Landes Baden-Württemberg.

Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl (GZ Kehl) stellte im Informationsaustausch zwischen deutschen und französischen Sicherheitsbehörden seit Einführung der verstärkten Grenzkontrollen im Rahmen der Corona-Pandemie vom 12. März 2020 einen Rückgang der Anfragen fest. Daraus lassen sich allerdings aufgrund der Tatsache, dass die Anfragen sowohl verschiedene Behörden als auch unterschiedliche Aufgabengebiete betreffen und geografisch nicht ausschließlich dem Grenzgebiet zuzuordnen sind, keine Rückschlüsse im Sinne der Anfrage ziehen.

Ebenso wenig lässt sich anhand der Anträge auf Asyl oder eine andere Form von Schutzstatus in Baden-Württemberg ein Zusammenhang zu den Grenzschließungen herstellen. Mangels tagesgenauer Statistiken lässt sich keine Aussage zu den Vergleichszeiträumen der Fragen 6 und 7 treffen. Ein Vergleich der Zeiträume März 2019 (1.214 Asylantragstellungen) und März 2020 (683 Asylantragstellungen) sowie April 2019 (1.201 Asylantragstellungen) und April 2020 (618 Asylantragstellungen) zeigt einen deutlichen Rückgang bei den gestellten Asylanträgen. Inwieweit hierfür die Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze ursächlich sind, kann nicht beurteilt werden, da bedingt durch die Corona Pandemie an allen Grenzen des Schengenraums Kontrollen eingeführt wurden.

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär